



An den Grossen Rat

19.5083.02

WSU / P195083

Basel, 3. April 2019

Regierungsratsbeschluss vom 2. April 2019

## Interpellation Nr. 16 Jeremy Stephenson betreffend Förderung einer freiwilligen Klimaabgabe auf Flugtickets

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 20. März 2019)

„Es ist eine Tatsache, dass der Flugverkehr zu erheblichem CO<sub>2</sub>-Ausstoss und entsprechender Klimabelastung beiträgt. Eine gesetzliche Verpflichtung zu einer Klimaabgabe auf Flugtickets besteht (noch) nicht. Weil die Sensibilisierung der Bevölkerung – auch verursacht durch die Demonstrationen Jugendlicher – relativ hoch ist, könnten Fördermassnahmen für freiwillige Abgaben auf Flugtickets Nutzen erzeugen.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Frage:

Besteht Bereitschaft, freiwillige CO<sub>2</sub>-Kompensationsabgaben auf Flugtickets unserer Bevölkerung breit bekannt zu machen und zu empfehlen?

Jeremy Stephenson“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat teilt die Auffassung des Interpellanten, dass Anstrengungen zum Klimaschutz auch die Luftfahrt betreffen müssen und es gilt, Wege zu finden, damit der Ausstoss von Treibhausgasen durch den Luftverkehr reduziert werden kann. Wesentlich dabei ist die Anpassung der Flugpreise beispielsweise durch die Einführung emissionsabhängiger Abgaben oder die Einbindung des Luftverkehrs in Emissionshandelssysteme. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass dafür verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen sind, die in der Luftfahrt möglichst gut international koordiniert sein sollten. In der Schweiz liegt die Zuständigkeit dafür allein auf Bundesebene.

Die vom Interpellanten angeregten freiwilligen Abgaben auf Flugtickets sieht der Regierungsrat als Instrument mit ergänzender Funktion im Sinne des Appells an die Konsumentinnen und Konsumenten zu einem eigenverantwortlichen Handeln. Entsprechende Möglichkeiten bestehen auch bereits. So bieten Reiseveranstalter oder auch Airlines an, beim Kauf eines Flugtickets freiwillig einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Kompensation zu zahlen, der an spezielle Organisationen oder Stiftungen fliesst, die damit Klimaschutzprojekte finanzieren. Alternativ können freiwillige CO<sub>2</sub>-Kompensationszahlungen oft auch direkt bei den entsprechenden Organisationen vorgenommen werden. In der Schweiz bekannt sind bspw. die Stiftung myclimate oder die Firma south pole.

Vor diesem Hintergrund ist der Regierungsrat grundsätzlich bereit, im Rahmen seiner Informationsstätigkeit zu Fragen des Klimaschutzes das Thema der CO<sub>2</sub>-Belastung respektive der (freiwilligen) CO<sub>2</sub>-Kompensation bei Flugreisen stärker zu berücksichtigen. Der Regierungsrat sieht dafür vor allem entsprechende Informationen im Internet auf der Klimaschutz-Website des Kantons ([www.klimaschutz.bs.ch](http://www.klimaschutz.bs.ch)). Zudem wird er darauf achten, dass in seinem Verantwortungsbereich Flugreisen nur zurückhaltend vorgesehen werden.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann  
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin